

laren haben (zu diesen gehört auch Graf Beihlen), möchten die einen wieder haben und scheuen zu diesen Ende weder Kriegs- noch Frieden.

Die Forderung der Aenderung der Grenzen stützt man auf gewisse „Enttäuschungen“ über diplomatische Altenstücke, in denen französische Staatsmänner Ungarn weit gerauscht haben. Die ungarischen Grenzen vertreten haben sollen, als das Papier von Trianon sie festgelegt hat; diese Dokumente sind von Budapest Blättern veröffentlicht worden. Ungarn sollte eine gemeinsame Grenze mit Polen bekommen (heute schließt sich wohlbedächtig die Tschechoslowakei mit ihrem farbenvollen Schild darüber); und Frankreich sollte Ungarn gegen Versammlung der ungarischen Eisenbahnen finanziieren. Dafür sollten Ungarn und Polen, die man dann beauftragt mit französischen Waffen versorgen konnte, Krieg gegen die Sowjets führen. Horthy hätte diese Bedingungen gewiss gern erfüllt, aber er könnte es nicht, er hielt das Volk gerade mit seinen Weißgardisten und Heimabenden fest, aber er durfte nicht wagen, ein Heer zu bewaffnen. Es wäre damals — 1920 — für ihn zu gefährlich gewesen. Seine Soldaten hätten sich leicht zu „Rotarmisten“ entwöhnt.

Heute liegen die Dinge anders dank der Briefe und Artikel des Lord Rothermere, dank der gesellschaftlichen Verblüffungen der ungarischen Aristokratie mit den englischen Tories, dank der veränderten Lage in Europa. Jetzt erinnert man sich der Koncessionen, die Frankreich damals vielleicht gemacht hätte, man glaubt durch Rothermere eine mächtige Stütze in der englischen öffentlichen Meinung zu haben, und man führt eine drohende Sprache gegen die Tschechoslowakei, Rumänien, Jugoslawien und Österreich. Die Abstimmungscontrole der Entente — in anderen Ländern so schauffig — hat in Budapest immer wenigstens ein Auge zugeschaut. Budapest glaubt, es mit Budapest und Prag aufnehmen zu können. Österreich ist eine unbedeutende Größe und Jugoslawien würde durch Italien in Schach gehalten werden, das ja in Ungarn einen geistigen Verstand erblüht. Hält man an den Grenzen des heutigen Ungarn Umschau, so muß man gestehen, daß es überhaupt unmöglich ist, eine Grenze zu ziehen, die die Nationen reinlich trennen. Die Völker wohnen so gemischt zusammen, wie in Mazedonien, dessen französischer Name „Macedoine“ ja zum Rüchenausdruck für eine aus allen möglichen Früchten gemengte Mischpocke geworden ist. Es sind Gegenden, in denen der Nationalstaat, ja, vielleicht überhaupt der Staatsbegriff im heutigen Sinne bankrott macht, wo nur der Kulturstaat bestehen kann, für den die Grenzfähigkeit nicht mehr Völker trennen, sondern nur noch Verwaltungsmarkierungen bedeuten, die sich dem menschlichen Verlebt möglichst anzupassen haben. Von einer solchen Auffassung ist man in Budapest, dem Mittelpunkt des magyarischen Globus, bedauerlicherweise noch hunderttausend entfernt.

Preußische Regierung und Flaggenfrage

Gelegentlich einer deutschnationalen Umfrage über den Flaggenkonflikt der Stadt Berlin mit den Hotels erklärte der deutschnationalen Abgeordnete Dr. v. Winterfeldt, die preußische Regierung habe mit ihrem Erlass einen unerhörten Vorfall und Gewissenszwang, und das Staatsministerium treibe krasseste Parteiopolitik. Der sozialdemokratische Abgeordnete Beinert sagte, Schwarzwäschrot sei ein Symbol für Krieg und Obrigkeitstaat und für Angriffe gegen die Republik. Der volksvertreterliche Abgeordnete Dr. v. Campe bezeichnete es als

die vornehmste Aufgabe, eine Verbindung zwischen der alten und der neuen Zeit zu schaffen.

Allerdings hat die Rede des Abgeordneten Leinert nicht auf diesen Gedanken abgestimmt gewesen. Ministerpräsident Braun erklärte, er glaube nicht, daß es in der Flaggenfrage einen Ausgleich gebe. Als Reichsfarben seien Schwarz-Rot-Gold festgestellt. Es müsse daher nicht nur für die Feiern, sondern für jeden Deutschen selbstverständlich sein, daß die schwarztrotgoldenen Farben zu achten sind. Solange die verfassungsmäßige Bestimmung besteht, müsse jede Regierung und jede öffentliche Körperlichkeit dafür Sorge tragen, daß die schwarzrotgoldene Flage zur Geltung kommt. Wenn man auf diese Weise auch keine Liebe zur Republik erzielen könne, so könne die Regierung doch verlangen, daß auch diejenigen, die innerlich mit ihrer Auffassung zum alten Reich stehen, Verfassung und Gesetz achten.

Braun erklärte weiter, Dinge der Vergangenheit stelle man vielleicht in einem Museum auf. (Unruhe rechts.) Mit der von den Deutschnationalen nach dem Eintritt in die Reichsregierung übernommenen Verpflichtung zur Achtung der Reichsfarben sei es nicht in Einklang zu bringen, wenn einer ihrer Minister kürzlich gesagt habe, Schwarz-Rot-Gold sei eine Parteiähnlichkeit. (Zuruf rechts: Reichsbanner!)

Die Flaggenfrage sei nichts anderes als der Kampf zwischen dem alten und dem neuen Regime.

Die preußische Regierung werde mit unabsichtlicher Schärfe gegen diejenigen vorgehen, die die Flagge der Republik angreifen. (Sturmischer Beifall links und in der Mitte, Rufen rechts.)

Die Aufgaben der Arbeiterschaft

Der ehemalige Oberpräsident von Ostpreußen, Winnig, dessen Übertritt zur Alten Sozialdemokratischen Partei seinerzeit großes Aufsehen erregte, sprach in einer Parteiversammlung der Alten Sozialdemokratischen Partei in Dresden über die deutsche Arbeiterbewegung. Er führte u. a. aus, das gegenwärtige gewerkschaftliche Führerthum sage dem Arbeiter nur,

was er fordern müsse, spreche aber nie von Pflichten und von Hochachtung vor dem Gegner. Probleme, an denen der Arbeiter heute bewußt mitarbeiten müsse, seien das Bevölkerungsproblem, der internationale Arbeitsmarkt, der Sinn des Weltkrieges, der Volkshaushalt und die deutsche Befreiung. Wenn in politischen Verhandlungen heute ein Deutscher sagen könne, Deutschland sei selbstverständlich schuld am Weltkrieg, so sei das unsagbar traurig. 20 Millionen deutsche Arbeiter wollten nicht Sklaven und Hunde der Feinde sein und bleiben.

Der Wille zum Staat müsse des Arbeiters erster Wille sein,

der ihm höher steht als Lohn und soziale Fürsorgebewegung. Der Redner stand starken Beifall. In der Aussprache beteiligten sich u. a. der Innensenator Max Müller und Kreishauptmann Bud.

Wenn alle in die Speichen greifen, wird es wieder vorwärts gehen!

Sachsens Finanzminister über Steuer- und Wirtschaftsfragen

In einer vom Allgemeinen Hausschülerverein Chemnitz und der Ortsgruppe Chemnitz des Reichspartei des Deutschen Mittelstandes veranstalteten Versammlung nahm auch der sächsische Finanzminister Weber das Wort. Der Minister wies zunächst den Vorwurf zurück, daß die öffentliche Hand nicht das rechte Verständnis für den gewerblichen Mittelstand habe. Zur Frage der Steuerepolitik erklärte der Minister, daß

der Stand der sächsischen Finanzen durchaus nicht erfreulich

sei. Man sollte daher den Maßnahmen des Finanzministeriums mehr Verständnis entgegenbringen. Für den Wohnungsbau ständen in Sachsen rund 10 Millionen Reichsmark zur Verfügung. In die Wohnungswangswirtschaft sei auch in Sachsen eine Brüche geschlagen worden, und dem Haushalte werde jetzt ein größerer Anteil am Mietzins zugestanden.

Wenn der Staat das Ziel verfolgen will, den gesamten Wohnungsbau aus den Einkünften der Mietzinssteuer zu finanzieren, so würden wir aus dem Wohnungsbau wieder nichts herausbekommen.

Grundsätzlich einer ordentlichen Finanzverwaltung müsse es sein und bleiben, die Ausgaben durch entsprechende Einnahmen zu decken. Es sei bereits erklärt worden, daß die Steuerschraube nicht weiter angezogen werden dürfe.

Aur Zeit sei es daher nicht zu machen, daß die öffentliche Hand vom Auslande Kapital annehme.

Es sei besser, wenn die öffentliche Hand das Land und die Wirtschaft ihren Kapitalbedarf im Ausland deckt. Man könne deshalb den Beziehungen, die die Ausnahme von Auslandsbanken-

sein vollkommen unterbinden wollen, nicht anstreben, da die Kapitalzuhörer a. o. Impuls für das deutsche Wirtschaftsleben nicht zu entbehren

seien. Bei der Neuregelung des Finanzausbaus habe das Reich ein Steuervereinigungsgesetz angemeldet, das jetzt auch vorliegt. Das Gesetz bringt aber keine Entlastung für die Wirtschaft. Die Sächsische Regierung habe sich mit dem Entwurf noch nicht eingehend beschäftigt, werde sich aber mit ihm in der gegenwärtigen Form kaum absindern können.

Das ganze Gesetz helle keine Verwaltung vereinheitlichung, sondern eine Verwaltungs- erweiterung dar.

Was der Erhöhung der Beamtengehälter anlangt, so müsse hervorgehoben werden, daß für die Beamten seit 1924 nichts getan worden sei. Es wäre besser gewesen, wenn man Zug um Zug die Befolzung der Beamten der Tenurierung angepaßt hätte. Nicht erforderne die verpönte Regelung für Sachsen 38 Millionen Mark, eine Summe, die weit über das Vermögen des Staates hinausgeht.

Hier müsse das Reich unbedingt helfen

Die Länder seien zwar nicht rechtlich, aber moralisch gezwungen, dem Vorgehen des Reiches in die Befolzungfrage zu folgen. Sachen werde sich jedesfalls dem Vorgeben des Reiches anstellen. Bedauerlich wäre es, wenn die Arbeiter etwa aus der Hoffnung für die Beamten eine gleiche Erhöhung der Löhne herleiten wollten. Die Löhne der Arbeiter seien schon entsprechend der fortiregenden Tenurierung angepasst worden. Unsere Zeit sei ernst, aber wir dürfen die Hoffnung nicht aufzuladen. Wenn also Mittelstand, Beamenschaft und Arbeiter, in die Speichen greifen, dann werde es wieder aufwärts gehen mit dem deutschen Volke.

Können Sie Yalen?

Der Tanz des kommenden Winters

Eine seltsame Frage. — „Schlüssel“-Frage scheint es, und man könnte auf die Vermutung kommen, daß es sich um eine Unterhaltung unter Einbrechern handelt, die ihre Kenntnisse und Erfahrungen über den bekannten Sicherheitschlossel, den „Yale“-Schlüssel, besprechen. Aber wir sind doch keine Einbrecher! So gern wir Kriminalromane lesen, wollen wir doch lieber selber diebstahl der Grenze bleiben und das gefährlich-gruselige Verben der Schloßknacker nicht teilnehmen.

Wenn wir also Yalen, so meinen wir ganz einfach den neuesten, allerneuesten Tanz der Wintersaison 1927/28, dem Vernehmen nach erfunden von den Studenten der Yale-Universität in Newhaven (Vereinigte Staaten), weil sie den Charlestons oft hatten. Dieser Studententanz ist jetzt bereits nach Europa gedrungen und wird in London gelehrt. Es wird nicht lange dauern, bis auch unsere Tanzlehrer die Neuheit kennen und mehr oder weniger gelehrtigen Schülern und Schülerinnen beibringen. Denn — wer dann gehören will — muß Yalen können! Schon als der Charleston ist er unbedingt — das ist schon eine rote Empfehlung, die man ihm mit auf den Weg geben kann. Die unglaublichen Körperverrenkungen des Charlestons scheinen somit ein überwundener Drehpunkt zu sein.

Der Yale hat einen sehr annehmbaren Rhythmus: er besteht aus langsamem Tortellitriten, mit überschnelllichen Grundschriften, und mit vier Variationen, die für Federmann leicht erlerntbar sind. Ein Paar, das Yale auf und vorschrittstämmig, ohne Übergänge tanzt, macht einen durchaus annehmbaren Eindruck. Man könnte fast sagen: es ist eine Aneinanderweile, — was man sonst von den modernen Tänzen nicht behaupten könnte. Er hat also allemal alle Eigenschaften, sich die tanzende Welt im Sturm zu erobern,

und: Können Sie Yalen? wird die Frage sein, die man vermutlich in der kommenden Tanzsaison am häufigsten hören wird.

Daneben wird in London sehr viel Fox-trot und Walzer getanzt — ich höre unsre deutschen Frauen erleichtert aufzusezen:

Endlich wieder Walzer!

Und zwar — o Wonnel! ein langsame, glesender Walzer, was wir früher einen „schmalzigen“ Walzer nannten, und der im krassen Widerpruch steht zu der heutigen Walzerlehrmethode. Denn die jungen Herrschaften, die heute in der Tanzstunde Walzer lernen, dürfen sich nicht einbilden, daß dieses Dreitakt-Gesoppe, das ihnen als Walzer beigebracht wird, wirklich der Walzer ist, um dessen willen Strauß seine berühmtesten Weisen schrieb, der Walzer, in dessen sanstem Wiegen sich junge Herzen ineinander verloren und bei dem auch die Alten wieder jung wurden. Wir, die wir noch einen richtigen Walzer kennen, sollten frontal machen gegen die Keckheit, diese Missgeburt, die heute als Walzer im Umlauf ist. Walzer zu nennen. Das ist nur ein Hochstapler, der sich einen vornehmen Namen zugesetzt hat, um mit ihm sein Glück zu machen. Was man heute als Walzer lebt und tanzt, ist nichts anderes als eine Art Gletschertanz. Meine alte Tanzlehrerin würde sich im Grabe umdrehen — sofern sie schon tot ist —, wenn sie diese Konfusion der Begriffe mit ansehen mühte. Und die Quadrille a la cour! Das Gott erbarm! Sind das Verneigungen? Das sind Großküsse, zu denen man Studien auf dem Hüttnerhof machen kann. — und mit diesen „Hochstapfern“ wäre keine junge Dame jemals „hofsichtig“ geworden. Lieber sollen die Leute yalen, als unsern schönen alten Walzer verschandeln!

Abflug von Lissabon

Berlin, 14. Oktober. (Radio.) Nach einem bei den Junkerswerken eingegangenen Telegramm ist das Flugzeug D 122 am heutigen Freitag um 6.35 Uhr von Lissabon zur Fortsetzung seines Fluges gestartet.

Sie machen sich lächerlich

Die Heinkelmaschine, die vorgestern in Warnemünde startete, bei Brunsbüttel notlandete, stieg gestern wieder auf und mußte schon am Nachmittag nach Turzii fliegen in Wilhelmshaven zum zweiten Male notlanden, angeblich weil sich herausstellte, daß der Wasserankor losgezogen sei. Es soll am Freitag trotzdem der Weiterflug nach Amsterdam durchgeführt werden.

Eine, die von Glück reden kann

Nach in New York vorliegenden Meldungen ist die amerikanische Fliegerin Miss Elvers mit ihrem Flugzeug „American Girl“ auf dem Ozean notgelandet und von einem Dampfer aufgenommen worden. Es soll sich um den Dampfer „Barendrecht“, einer Rotterdam Linie, handeln, der sich auf dem Wege nach Amerika befindet.

Ein zweiter Flugsprung bestätigt, daß „American Girl“ infolge Bruchs der Drehzuleitung auf dem Meer niedergehen mußte.

Wie die Blätter aus New York melden, ist die erwite amerikanische Dampfschlepperin Miss Grayson, die Nichte Wilsons, noch nicht zum Fluge nach Copenhagen gestartet.

Überzeichnung der Preußenanleihe in Amerika

Die gestern in New York aufgelegte Tranche der Anleihe des preußischen Staates wurde schnell überzeichnet.

Oesterreich erhält eine Wiederaufbau-Anleihe . . .

Das Komitee der Garantistaaten der österreichischen Wiederaufbauanleihe hielt zwei Sitzungen ab, in denen Dr. Schiller der Kommission einen Bericht erstattet. Dieser zeigte, daß die finanzielle und wirtschaftliche Lage Österreichs sich ständig verbessert. Auf Grund dieses günstigen Standes ermächtigte das Komitee Österreich, eine Anleihe bis zum Höchstbetrag von 725 Millionen österreichischer Schillinge sein Schilling = 60 Pfennige) aufzunehmen, die produktiven Zwecken dienen soll. Besonders ist die Elektrifizierung der Bundesbahnen vorgesehen, wie auch Verbesserungen des Post- und Telegraphenwesens.

. . . aus politischen Gründen

Zu der neuen österreichischen Anleihe in Höhe von 21 Millionen Pfund bemerkte der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“, das Komitee habe den österreichischen Anleiheforderungen nachgegeben, weil diese von mehreren der Nachfolgestaaten stark unterstützt würden, um eine zu große finanzielle Abhängigkeit Österreichs von Deutschland im Hinblick auf die drohende Anschlußgefahr zu verhindern.

Auch Polen bekommt einen Vormund

Wie die Zeitungen aus Warschau melden, hat Polen mit der Unterchrift unter seine Anleihe eine Art von Dawesplan angenommen und sich zu einer genau geregelten Finanzwirtschaft unter Kontrolle eines Vertrauensmannes der amerikanischen und westeuropäischen Banken verpflichtet, so zu einer Reorganisierung seiner Staatsbahnen in der Form der Schiffsverwaltung bzw. in privatwirtschaftlicher Form. Das polnische Steuersystem muß gemäß den Ratschlägen des amerikanischen Finanzkontrollors geändert werden.

Ratowski's Abberufung

Im Pariser Auswärtigen Amt ist gestern eine Note aus Moskau eingelaufen, die besagt, daß die Sowjetregierung Botschafter Ratowski abberufen werde.

Zum neuen Botschafter schlägt die Moskauer Regierung den bisherigen Botschafter in Tokio Dowgalewski vor, der früher Kommissar für Post und Telegrafen war.

Weitervorbericht

Wortwiegend wollig. Der N. vorbereitend Nebel und leichte Niederschlagschauer (Sprühregen). Im Hochlande gemäßigt bis föhl. Von milderen Gebirgslagen ab sehr föhl. Geringer Temperaturunterschied zwischen Tag und Nacht.